

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Vorlage des Stadtrates vom 5. April 2007

BERICHT ÜBER DIE HÄNGIGEN MOTIONEN

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss § 54 Abs. 2 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates unterbreitet Ihnen der Stadtrat Bericht und Antrag zu den hängigen Motionen aus dem Jahre 2003 sowie zu jenen Motionen, deren Behandlungsfrist abgelaufen ist bzw. für die unbefristete Weiterbehandlung beschlossen wurde.

Dem Bericht angefügt ist eine Übersicht über den Bearbeitungsstand der vom Grossen Stadtrat erheblich erklärten Motionen.

Motion Bruno Merlo: Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WoV

Erheblich erklärt am 23. Februar 1999

Text:

Der Grosse Stadtrat setzt zur Überprüfung seiner Geschäftsordnung im Hinblick auf die Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung eine Kommission ein mit dem Auftrag,

- *Vorschläge zur Anpassung der GO an die neuen Verhältnisse auszuarbeiten und*
- *diese dem Plenum in einer Vorlage zu unterbreiten*

Stellungnahme:

An seiner Sitzung vom 17. September 2002 hat der Grosse Stadtrat der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) grundsätzlich zugestimmt und den Stadtrat beauftragt, dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die Realisierung der Projekte Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und Parlamentsreform zu unterbreiten.

Am 4. Juli 2006 hat der Stadtrat die Vorlage „Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen“ verabschiedet und am 31. Juli 2006 an das Parlament weitergeleitet. Sie ist zur Zeit zur Beratung in der Spezialkommission.

Die Vorlage enthält Anträge für

- eine Verordnung über die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung,
- die Einführung von Planungsempfehlung und Planungsauftrag mit entsprechenden Ergänzungsartikeln in der Geschäftsordnung,
- den Einsatz von Fachkommissionen für die WoV-Bereiche.

Die Weiterbearbeitung ist abhängig vom Entscheid des Parlamentes, welcher voraussichtlich im Sommer 2007 erfolgen wird.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008

Motion Dr. Raphaël Rohner: Parlamentarische Untersuchungskommission

Erheblich erklärt am 23. Februar 1999

Text:

Die Beratung des Berichts der SPK „Bauabrechnung Zündelgut“ hat klar zum Ausdruck gebracht, dass dem Grossen Stadtrat zur Wahrnehmung einer seiner wichtigsten Aufgaben – der parlamentarischen Oberaufsicht – kein dem modernen Parlamentsrecht entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung steht. Nebst der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und den für die Beratung der ordentlichen Geschäfte eingesetzten Spezialkommissionen sollte für die Abklärung von ausserordentlichen Vorkommnissen innerhalb der Verwaltung eine Parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden können, deren Kompetenzen und Aufgaben rechtlich sauber definiert sind.

Der Stadtrat wird daher beauftragt, dem Grossen Stadtrat einen Bericht und Antrag zu einer diesbezüglichen Teilrevision der Stadtverfassung zu unterbreiten.

Stellungnahme:

Die Erneuerung und Erweiterung der parlamentarischen Instrumente soll gesamtheitlich geprüft werden. Einerseits sollen die Anliegen der Motion Parlamentsarbeit von Peter Neukomm berücksichtigt werden und andererseits die für WoV erforderlichen Fachkommissionen.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008

Motion Rolf Amstad: Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen

Erheblich erklärt am 13. November 2001

Text:

Die Stadt Schaffhausen hat ihre Verantwortung für die wichtige Aufgabe der Jugendarbeit in den vergangenen Jahren zu wenig ernst genommen. Mit dem Rückzug der evangelisch-reformierten Kirche aus der Trägerschaft der Jugendberatung und der Restrukturierung des Vereins Schaffhauser Freizeitzentren (VSFZ) durch die Rückgabe der Freizeitwerkstätten im Dreispitz an die Stadt, sind die seit langem existierenden Defizite im Bereich der Jugendarbeit in unserer Stadt wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. Trotz neuer, motivierter Vereinsleitung und Konzentration der Kräfte auf Jugendhaus und Jugendberatung hat der VSFZ, der noch immer ohne Leistungsauftrag und professioneller Betreuung von Seiten der Stadt wichtige öffentliche Aufgaben erfüllt, seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf. Die Stadt steht hierfür in Verantwortung.

*Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, dem Grossen Stadtrat baldmöglichst **Bericht und Antrag zu erstatten:***

- 1. über die Einrichtung einer Stelle für Jugendfragen bez. eines städtischen Jugendsekretariats zur Führung und Koordination der Jugendarbeit;*
- 2. darüber, wie die wichtige Jugendarbeit - mit Betreuung und Beratung auch in den Quartieren - in die Stadtverwaltung integriert werden kann und mit welchen finanziellen Aufwendungen dafür zu rechnen ist.*

Stellungnahme:

Nach einem wenig erfolgreichen Start mit dem ersten städtischen Jugendbeauftragten und seinem frühzeitigen Abgang wurde das Pflichtenheft in die Stellenleitung für Quartierprojekte integriert. Als Abteilungsleiterin für die Quartier- und Jugendarbeit hat Monika Wirz die beiden Aufgaben seit Mitte 2006 sukzessive zusammengeführt. Als letzter Schritt wurde vor kurzem auch die Schulsozialarbeit in diese Abteilung integriert, die damit über die richtigen Kompetenzen und Ressourcen für eine umfassende Betreuung der jugendlichen Anliegen in den Quartieren und in der Altstadt verfügt. Nun gilt es, die Auswirkungen dieser Neuausrichtung zu evaluieren und dem Parlament Bericht zu erstatten. Weil die Zusammenlegung der Quartier- und Jugendaktivitäten Pioniercharakter hat, wird diese durch ein Forschungsprojekt einer Fachhochschule begleitet und untersucht. Die Resultate werden dem Grossen Stadtrat selbstverständlich in geeigneter Form zur Verfügung gestellt und mit allfälligen Schlüssen als Motionsbericht unterbreitet.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008

Motion Roland Schöttle: Neunützung der Militärunterkunft Breite

Erheblich erklärt am 14. Januar 2003.

Text:

Der Stadtrat wird beauftragt:

- 1. eine Neunützung des bisherigen Gebäudes 'Militärunterkunft Breite' beim Schützenhaus neu zu überprüfen und eine solche anzustreben. Er soll dafür die vertraglichen Voraussetzungen mit dem bisherigen Vertragspartner regulieren*
- 2. dafür in erster Linie eine mögliche Nutzung durch die Spielvereinigung Schaffhausen mit dieser zu prüfen und dafür eine Abgabe im Baurecht oder eine Verpachtung anzustreben*
- 3. dem Grossen Stadtrat in möglichst kurzer Zeit darüber Bericht und Antrag abzugeben.*

Stellungnahme:

Das Mehrzweckgebäude auf der Breite wird einerseits als Militärunterkunft, andererseits für Dritte (Sportvereine, etc.) genutzt. Die Belegungen in den letzten Jahren waren sehr unterschiedlich, tendenziell rückläufig.

Seitens des Militärs besteht ein Zustandsbericht mit einem Forderungskatalog für bauliche Massnahmen, Sanierungen und Standardanpassungen. Eine politische Stellungnahme dazu ist noch ausstehend.

Im Hinblick auf das Ergebnis des Projektes "PASS" ist eine Fristverlängerung angezeigt.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008.

**MOTION DR. GERTRUD WALCH,
TEILREVISION DER STÄDTISCHEN RUHEGEHALTSVERORDNUNG**

Erheblich erklärt am 14. Januar 2003

Text:

In der Stadt Schaffhausen erhalten nicht wiedergewählte Exekutivmitglieder, denen noch keine ordentliche Rente zusteht, eine Nichtwiederwahl-Rente. Der Kanton Schaffhausen hat die Rentenleistungen per 1. Januar 1999 neu geregelt und der eidgenössischen Gesetzgebung angepasst. Damit die Vorschriften der Bundesgesetzgebung erfüllt werden können, liegt eine Regelung des städtischen Ruhegehaltsfonds ähnlich der kantonalen Lösung auf der Hand.

Da der Kanton bereits am 31. August 1998 sein 'Dekret über Besoldung, Ferien und berufliche Vorsorge des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen vom 8. Februar 1971 anpasste, wäre es angebracht, dass auch die 'Verordnung des Grossen Stadtrates der Stadt Schaffhausen über Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates der Stadt Schaffhausen vom 11. Dezember 1979' diesem kantonalen Dekret und damit den eidgenössischen Rahmenbedingungen angepasst wird.

Deshalb wird der Stadtrat beauftragt, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu stellen zu einer entsprechenden Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung."

Stellungnahme:

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Stadtpräsidenten ist zurzeit daran, einen Entwurf für eine Neuregelung der beruflichen Vorsorge für die Stadtratsmitglieder auszuarbeiten. Der Entwurf soll im Herbst 2007 vorliegen, damit er vom Grossen Stadtrat auf Beginn 2008 beschlossen und gleichzeitig mit der geplanten Neuregelung der Ruhegehaltsordnung für den Regierungsrat in Kraft gesetzt werden kann.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2007.

Motion Christian Hablützel: Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in Benken

Erheblich erklärt am 3.6.2003

Text:

Der Stadtrat wird beauftragt, in der Frage eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle in Benken eng mit dem Kanton zusammen zu arbeiten und für die Interessen der Stadt Schaffhausen mit allen geeigneten Massnahmen einzutreten.

Stellungnahme:

Mit der überwiesenen Motion hat der Stadtrat einen Handlungsauftrag im Sinne einer Unterstützung von lokalen und überregionalen Aktivitäten gegen das geplante Endlager in Benken erhalten. Dabei handelt es sich um einen Dauerauftrag, soweit möglich in dessen Sinne tätig zu werden. Zum einen unterstützte der Stadtrat die Aktivitäten von KLAR! Schweiz, indem er beispielsweise eine Defizitgarantie von max. Fr. 10'000 zugunsten einer kritischen Überprüfung des Entsorgungsnachweises durch den Fachspezialisten John Large gesprochen hat. Da der Beauftragte schwer erkrankte, wurde die Studie nicht fertiggestellt, und deshalb sind bis heute auch keine finanziellen Mittel überwiesen worden. Der Stadtrat hat zudem umfassend zum Entsorgungsnachweis Stellung bezogen und wird sich bis zum 20.4.07 auch zum „Sachplan Geologisches Tiefenlager – Konzeptteil“ vernehmen lassen. Der Konzeptteil umfasst die Spielregeln betreffend Auswahlkriterien, Auswahlverfahren und Akteure. Daher werden mit diesem Schritt wichtige Rahmenbedingungen für die weiteren Untersuchungen und Standortfragen festgelegt.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008.

Motion Roland Schöttle: Städtische Fahrzeuge mit Erdgasantrieb

Erheblich erklärt am 16.9.2003

Text:

Der Stadtrat wird beauftragt in allen Verwaltungsabteilungen ab sofort bei Neuanschaffungen und bei Ersatzanschaffungen von Fahrzeugen auf erdgasbetriebene Fahrzeuge umzustellen. Nur in Ausnahmefällen, in denen bei erdgasbetriebenen Fahrzeugen ökologische oder langfristig ökonomische Gesamtnachteile entstehen, sollen weiterhin benzin-, diesel- oder strombetriebene Fahrzeuge angeschafft werden.

Stellungnahme:

Mit Erdgas betriebene Personenwagen weisen im Vergleich zu Benzin- und Dieselfahrzeugen, trotz etwas höherem Methan-Schlupf, niedrigere Treibhausgas-Emissionen auf, insbesondere wenn statt Erdgas Biogas getankt wird. Zudem besitzen Erdgasfahrzeuge Vorteile bei den andern Luftschadstoffen; Krebs erzeugende Stoffe wie Benzol oder Feinstaubpartikel sind praktisch nicht messbar. Erdgas ist um etwa 30 % kostengünstiger als Benzin oder Diesel. Alternativ zu den Erdgasfahrzeugen schneidet die Hybridtechnologie bezüglich Energieverbrauch und Emissionen noch besser ab, sie ist jedoch in der Anschaffung wesentlich teurer. Somit stellen mit Erdgas betriebene PW bei einer ökologisch-ökonomischen Gesamtoptimierung die effizientesten Fahrzeuge dar. Gemessen am gesamten Fahrzeugbestand der Schweiz (ca. 5,1 Mio. Strassenmotorfahrzeuge) ist die Zahl der Erdgasfahrzeuge (heute rund 3'500 und 85 Tankstellen) noch sehr klein. Ziel ist eine kontinuierliche Steigerung auf rund 30'000 Fahrzeuge bis 2010.

Die Stadtverwaltung besitzt mittlerweile etliche Erdgasfahrzeuge, bei den städtischen Werken wird der grösste Teil der Dienstfahrzeuge bivalent betrieben. Zudem arbeitet die Verwaltung an einem neuen Mobilitätskonzept, mit dem der PW-Einsatz innerhalb der Verwaltung optimiert werden soll. In Bezug auf die zukünftigen Traktionsarten im Busbereich (Trolley-, Gas- oder Dieselsebus) haben die Verkehrsbetriebe ein externes Büro (Infras) beauftragt, die ökonomischen und ökologischen Vor- und Nachteile der Alternativen abzuklären. Diese Studie bildet die Grundlage für die Vorlage an den Grossen Stadtrat, die momentan in Vorbereitung ist.

Antrag:

Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008.

Anträge:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen vom 10. April 2007.
2. Weiterzubehandeln sind mit Fristverlängerung gemäss § 54 Abs. 2 bzw. 4 der Geschäftsordnung die Motionen
 - Bruno Merlo betreffend Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WOV (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008),
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008),
 - Rolf Amstad betreffend Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008),
 - Roland Schöttle betreffend Neunützung Militärunterkunft Breite (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008),
 - Dr. Gertrud Walch betreffend Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2007),
 - Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in Benken (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008),
 - Roland Schöttle betreffend Städtische Fahrzeuge mit Erdgasantrieb (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2008).

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES STADTRATES

Marcel Wenger
Stadtpräsident

Karin Sigrist
Stadtschreiberin i.V.

Übersicht über die hängigen Motionen (Stand 31. Dezember 2006)

Anhang

1. Heinz Sulzer: **Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt** (erheblich erklärt am 09.05.1989; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
2. Herbert Bühl: **Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone** (erheblich erklärt am 21.11.1989; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
3. Bruno Merlo: **Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen** (erheblich erklärt am 10.01.1995; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
4. Bernhard Egli: **"Güterhof im Dornröschenschlaf"** (erheblich erklärt am 31.03.1998; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
5. Bruno Merlo: **Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WOV** (erheblich erklärt am 23.02.1999; Fristverlängerung bis 31.12.2006 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 07.06.2005])
6. Dr. Raphaël Rohner: **Parlamentarische Untersuchungskommission** (erheblich erklärt am 23.02.1999; Fristverlängerung bis 31.12.2006 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 07.06.2005])
7. Dr. Raphaël Rohner: **Reorganisation des Stadtschulrates** (erheblich erklärt am 07.03.2000; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
8. Thomas Neukomm: **Gestaltung des öffentlichen Raumes** (erheblich erklärt am 23.05.2000; mit geändertem Wortlaut, Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
9. Rolf Amstad: **Dorfzentrum Herblingen** (erheblich erklärt am 15.08.2000; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
10. Rolf Amstad: **Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen** (erheblich erklärt am 13.11.2001; Fristverlängerung bis 31.12.2006 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 07.06.2005])
11. Peter Wullschleger: **Gesunde und attraktive Finanzen** (erheblich erklärt am 15.01.2002; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
12. Dr. Raphaël Rohner: **Totalrevision der Polizeiverordnung der Stadt Schaffhausen** (erheblich erklärt am 03.09.2002; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
13. Edgar Mittler: **City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser** (erheblich erklärt am 17.09.2002; Fristverlängerung bis 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])
14. Jakob Deppe: **Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen** (erheblich erklärt am 17.09.2002; Fristverlängerung 31.12.2007 [Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.08.2006])

15. Roland Schöttle: **Neunützung Militärunterkunft Breite** (erheblich erklärt am 14.01.2003)
16. Gertrud Walch: **Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung** (erheblich erklärt am 14.01.2003)
17. Christian Hablützel: **Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in Benken** (erheblich erklärt am 16.09.2003)
18. Roland Schöttle: **Städtische Fahrzeuge mit Erdgasantrieb** (erheblich erklärt am 16.09.2003)
19. Spezialkommission Neubau und Sanierung Alters- und Pflegeheim Schönbühl: **Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt Schaffhausen** (erheblich erklärt am 14.09.2004)
20. Edgar Zehnder: **Straffung der Wahltermine** (erheblich erklärt am 22.02.2005)
21. Dr. Raphaël Rohner: **Totalrevision der Stadtverfassung** (erheblich erklärt am 07.06.2005)
22. Marlie Besio, Alfons Cadario, Iren Eichenberger, Edgar Mittler, Rebekka Plüss, Urs Tanner: **Attraktives Rheinufer** (erheblich erklärt am 05.07.2005)
23. Erwin Sutter: **Finanzielle Hochrechnungen** (erheblich erklärt am 23.08.2005)
24. Peter Neukomm (SP): **Tagesschulen jetzt!** (erheblich erklärt am 21.03.2006)
25. Lotti Winzeler (OeBS): **Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter** (erheblich erklärt am 31.10.2006)
26. Walter Hotz (FDP): **Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei** (erheblich erklärt am 28.11.2006)